ASIEN 02.04.2026 | Felix Kolbitz

Kein Zufall

Drehscheibe Islamabad: Pakistan wird zum zentralen Vermittler im Iran-Konflikt. Europa bleibt nur Zuschauer.

Als Henry Kissinger am 9. Juli 1971 von Islamabad aus heimlich nach Peking flog, wusste die Welt davon nichts. An Bord einer pakistanischen Regierungsmaschine reiste Nixons Sicherheitsberater zu Gesprächen mit Chinas Führung – eine Mission, die den Kalten Krieg neu ordnen sollte. Das hatte Pakistan möglich gemacht – und mehr als 50 Jahre später sitzt Islamabad erneut an der entscheidenden Schaltstelle einer Weltkrise. Außenminister Ishaq Dar erklärte am 29. März, Pakistan werde Gespräche zwischen Washington und Teheran ermöglichen und ausrichten, um zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts zu gelangen. Wenige Wochen nach dem Beginn des US-israelischen Angriffskriegs gegen den Iran, der am 28. Februar mit der Tötung des Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei begann, hat sich Islamabad zur zentralen diplomatischen Bühne des Konflikts entwickelt. Europa ist nicht mit dabei. Das ist kein Zufall.

Pakistans Hebel beruht auf einer seltenen Kombination: Es ist das einzige mehrheitlich muslimische Land mit Nuklearwaffen, das keine US-Militärbasen beherbergt, und es unterhält gleichzeitig langjährige Bindungen zu Saudi-Arabien sowie enge Beziehungen zum Iran. Diese Position ist Ergebnis jahrzehntelanger Vermittlungstradition. 1971 ermöglichte Islamabad Kissingers geheime Reise nach Peking. In den 1980er Jahren war Pakistan Schlüsselakteur bei den Genfer Verhandlungen über den Abzug der UdSSR aus Afghanistan. 2015 moderierte Islamabad die ersten offiziellen Gespräche zwischen Kabul und den Taliban. 2020 unterstützte Pakistan das Doha-Abkommen. 2023 fanden die ersten direkten Kontakte zwischen Saudi-Arabien und Iran, die zur chinesisch vermittelten Annäherung führten, am Rande eines islamischen Gipfeltreffens in Islamabad statt. Pakistan ist kein zufälliger, sondern ein struktureller Vermittler.

Wer aktiv Frieden stiftet, kann sich der Forderung nach militärischer

Im aktuellen Konflikt hat Pakistan früh gehandelt. Feldmarschall Asim Munir führte direkte Gespräche mit Präsident Trump. Außenminister Dar übermittelte einen US-

Solidarität glaubhafter entziehen.

Friedensplan mit 15 Punkten an Teheran und schlug einen überwachten Rahmen für die Urananreicherung vor. Als vertrauensbildendes Zeichen ließ der Iran täglich 20 unter pakistanischer Flagge fahrende Schiffe durch die Straße von Hormus passieren. Doch Pakistans Vermittlungsbemühungen sind nicht allein altruistisch. Im September 2025 hatte Islamabad mit Riad ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen unterzeichnet. Da iranische Angriffe saudische Infrastruktur treffen, droht Pakistan in den Krieg hineingezogen zu werden. Die Vermittlerrolle ist auch Selbstschutz: Wer aktiv Frieden stiftet, kann sich der Forderung nach militärischer Solidarität glaubhafter entziehen.

Gleichzeitig bleibt eine zentrale Spannung bestehen: Pakistan befindet sich zur selben Zeit in einem aktiven Konflikt mit Afghanistan. Die Luftwaffe beschoss 2026 Taliban-Stellungen in Kabul und Kandahar. Wer gleichzeitig Bomben wirft und Frieden predigt, setzt sich dem Vorwurf der Doppelmoral aus – einem Vorwurf, den Pakistan Europa gegenüber gerne erhebt.

Pakistans Aufstieg zum bevorzugten Vermittler der Trump-Administration ist auch das Ergebnis gezielter unkonventioneller Diplomatie. Pakistan pflegte systematisch Kontakte zum engsten Umfeld Trumps, darunter Zachary Witkoff, Sohn des US-Nahost-Gesandten, der zu einem Treffen mit Premierminister Sharif und Militärchef Munir nach Islamabad reiste. Trump bezeichnete Munir öffentlich als seinen „Lieblingsfeldmarschall“ – persönliche Chemie als außenpolitisches Kapital. In einer transaktionalen Administration braucht man andere Zugangskanäle als die klassische Botschaftsdiplomatie.

Hinzu kommt ein geografischer Faktor: Islamabad liegt außerhalb der operativen Reichweite israelischer Kampfflugzeuge – ein handfester Vorteil, der andere Gastgeberorte disqualifiziert. Die Bombardierung Dohas wirkt hier noch nach. Saudi-Arabien ist selbst Kriegspartei. Die Türkei ist NATO-Mitglied, für Teheran ein strukturelles Misstrauensproblem. Islamabad gilt zudem nicht als vom Mossad nachhaltig durchdrungen. Für eine iranische Delegation, die über Zugeständnisse in der Nuklearfrage verhandelt, ist Vertraulichkeit Voraussetzung – und keine abstrakte Forderung.

Vor diesem Hintergrund trafen sich am 29. März die Außenminister

Pakistans, Saudi-Arabiens, der Türkei und Ägyptens in Islamabad. Das Bild der vier Minister symbolisiert eine neue Realität: Der globale Süden verhandelt über den Krieg des globalen Nordens. Pakistan ist nach Iran das Land mit den meisten Schiiten – rund 25 Prozent der 250-Millionen-Bevölkerung. Nach Khameneis Tod brachen landesweit Proteste aus; mindestens 24 Menschen wurden getötet, in Gilgit-Baltistan wurde ein dreitägiger Ausnahmezustand verhängt. Diese Solidarität speist sich aus einem breiten antiimperialen Konsens. Die Regierung musste Vermittlerin sein, während ihre eigene Bevölkerung die US-Politik scharf verurteilte.

Entgegen ärztlichen Rats reiste Dar am 31. März nach Peking. Er hatte sich tags zuvor eine Rippe in der Schulterregion gebrochen. Die Dringlichkeit sprach für sich. Pakistan und China verabschiedeten eine gemeinsame Fünf-Punkte-Initiative: sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, Friedensrahmen, Ende der Angriffe auf zivile Infrastruktur, Wiedereröffnung der Straße von Hormus, Rückkehr zum Primat der UN-Charta. Vali Nasr, einer der renommiertesten Iran-Kenner Washingtons, schrieb auf X, Teheran fordere „Garantien für jedes Abkommen“ – eine zentrale Bedingung für Gespräche. Chinesische Garantien, gestützt auf Pekings wirtschaftliches Gewicht und seinen UN-Sicherheitsratssitz, hätten für Teheran einen anderen Charakter als amerikanische Versprechen – ähnlich wie China 2023 bei der iranisch-saudischen Annäherung als Garant fungierte.

Deutschland wird im Konflikt nicht als Vermittler, sondern als Partei wahrgenommen.

Umso auffälliger ist, wer in Islamabad fehlt: die Europäische Union. Europas Reaktion auf den Iran-Krieg war uneinheitlich und kraftlos – weit entfernt von der früher führenden Rolle bei den *Joint Comprehensive Plan of Action*-Verhandlungen, als die E3 noch als Garanten des Atomabkommens fungierten. Die tiefere Ursache liegt im Gaza-Krieg: Berlin stimmte gegen UN-Resolutionen, lieferte weiter Rüstungsgüter an Israel und vermied eine klare völkerrechtliche Einordnung. Was in Deutschland als Staatsräson gilt, erscheint in Islamabad und Teheran als selektive Rechtsanwendung. Bundeskanzler Merz verfestigte diesen Eindruck mit seiner Aussage beim G7-Gipfel 2025, Israel mache im Iran „die Drecksarbeit für uns alle“. Deutschland wird im Konflikt nicht als Vermittler, sondern als Partei wahrgenommen.

Diese Schwäche ist kein kurzfristiges Phänomen: Europas Südasienpolitik war zudem über Jahrzehnte einseitig auf Indien ausgerichtet. Eine eigenständige Pakistan-Politik gab es nie. Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind keine relevanten Gesprächspartner mehr. Ihr Einfluss auf Teheran ist gleich null. Immerhin telefonierte EU-Ratspräsident Costa am 30. März mit Premierminister Sharif, lobte Pakistans Vermittlerrolle und sicherte Unterstützung zu. Ein Telefonat ist aber kein Platz am Tisch. Europa wird nur informiert, es gestaltet nicht.

Die Geschichte pakistanischer Vermittlung ist eine Geschichte struktureller Undankbarkeit: Pakistan flog Kissinger nach Peking – und erlebte den Bangladeschkrieg. Pakistan trug die Mudschaheddin – und erhielt einen *failed state*. Pakistan ermöglichte Doha – und führt nun Krieg gegen die Taliban. Islamabad öffnet Türen, die andere durchschreiten. Genau deshalb ist der aktuelle Moment anders: Zum ersten Mal sitzt Pakistan offen am Zentrum einer globalen Krise. Dar reist trotz Verletzung nach Peking. Munir telefoniert direkt mit Trump. Islamabad wird nicht gebeten – es bietet sich an. Das ist ein qualitativer Sprung in Pakistans diplomatischem Gewicht. Für Europa gilt eine bittere Variante: Wer nie investiert hat und seine Glaubwürdigkeit verspielt hat, sitzt am Ende nicht mit am Verhandlungstisch – und niemand ruft an, um nach seiner Meinung zu fragen.

Sollten die Gespräche in Islamabad zu einer Waffenruhe führen, werden Pakistan, Saudi-Arabien, die Türkei und Ägypten als gestaltende Kräfte einer neuen regionalen Ordnung gelten. Europa wird aus der Distanz gratulieren. Das ist nicht allein Trumps Werk, sondern auch das Ergebnis einer europäischen Außenpolitik, die Südasien zu lange als Peripherie behandelt und die das Völkerrecht zu selektiv angewendet hat, um noch als neutraler Akteur zu gelten. Ein Land, das gleichzeitig bei Washington, Teheran, Peking und Riad Gehör findet und als sicherer, neutraler Verhandlungsort gilt, ist keine geopolitische Randnotiz – sondern etwas, das Europa verschlafen hat.

Gerade deshalb sollten Deutschland und Europa die Islamabad-Konferenz als Weckruf begreifen. Denn was in Pakistans Hauptstadt verhandelt wird, ist nicht weniger als die Frage, ob die Welt eine ausufernde Wirtschaftskrise und einen sich geografisch ausbreitenden Krieg abwenden kann. Die Schließung der Straße von Hormus, steigende Ölpreise und ein militärischer Flächenbrand im Nahen Osten träfen Europa unmittelbar und hart. Dieser Friedensprozess bietet derzeit die einzige realistische Chance auf Deeskalation. Allein das sollte Grund genug für volle europäische Unterstützung sein, politisch, diplomatisch und durch eine deutliche Intensivierung der Beziehungen zu Islamabad.



Felix Kolbitz
Islamabad

Felix Kolbitz ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Pakistan. Zuvor leitete er das FES-Büro in Bangladesch.